Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unser. Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 258. Montag den 15. September 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bitte für die Ueberschwemmten im Elbthale.

Wie hinlänglich bekannt, sind die **Bewohner des Elbthales in Sachsen** durch verheerende Ueberfluthungen schwer heimgesucht worden. Die Größe des Unglücks ist derart, daß die ausgedehnten, von diesem Unglück betroffenen Gegenden in der Hauptsache auf öffentliche Unterstützungen angewiesen sind, wenn sie der drohendsten Noth nur einigermaßen entrissen werden sollen.

Wir bitten daher hiermit um milde Beiträge für diese Nothleidenden, geben uns der festen Hoffnung hin, daß auch hier, wie in früheren Fällen, der immer hilfsbereite Sinn unserer Bürgerschaft sich freudig bethätigen wird und bemerken, daß unsere **Stiftungsbuchhalterei**, Rathhaus, I. Geschoß, zur Annahme von Beiträgen angewiesen ist.

Leipzig, am 13. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer, Ass.

Bekanntmachung,
städtische Einkommensteuer betreffend.

Der **zweite** Termin der städtischen Einkommensteuer ist **am 15. September dieses Jahres mit dem sechsfachen Betrage des einfachen Steuersatzes fällig.**

Die Beitragspflichtigen werden deshalb aufgefordert, ihre Steuerbeträge bis spätestens **3 Wochen** nach dem Fälligkeitstage bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen eintretenden gesetzlichen Maßnahmen zu bezahlen.

Die Zahlstellen sind:
für **Alt-Leipzig** im **Stadthause**, Obstmarkt Nr. 3 Erdgeschoß;
für **Leipzig-Reudnitz, Leipzig-Anger-Crottendorf, Leipzig-Thonberg** und **Leipzig-Neureudnitz** im **Rathhause zu Leipzig-Reudnitz**;
für **Leipzig-Neustadt, Leipzig-Neuschönefeld, Leipzig-Volkmarsdorf** und **Leipzig-Sellerhausen** im **Rathhause zu Leipzig-Volkmarsdorf**;
für **Leipzig-Eutritzsch** im dortigen **Rathhause** und
für **Leipzig-Gohlis** im früheren **Gemeindeamte** daselbst.

Hinsichtlich der gleichzeitig in dem Ortstheile **Alt-Leipzig** zur Erhebung gelangenden **persönlichen** Anlagen für die **evangelisch-lutherischen Kirchen** daselbst verweisen wir auf die untenstehende besondere Bekanntmachung.

Leipzig, den 12. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Heßler. Koch.

Bekanntmachung,
die persönliche Anlage für die evangelisch-lutherischen Kirchen in Alt-Leipzig betreffend.

Der für den Verband evangelisch-lutherischer Kirchengemeinden in Leipzig mit dem auf

den 15. September dss. Jhrs.

fallenden zweiten **städtischen** Einkommensteuertermin einzuhebende Betrag der **persönlichen** evangelisch-lutherischen Kirchenanlage ist mit **Sechzig vom Hundert des aus der Einschätzung zur staatlichen Einkommensteuer sich ergebenden einfachen Steuersatzes** der städtischen Einkommensteuer fällig.

Die Beitragspflichtigen werden deshalb hierdurch aufgefordert, ihre Beiträge **binnen 3 Wochen** von dem Fälligkeitstage ab gerechnet an die oben genannten Zahlstellen unseres Stadtsteueramtes zu bezahlen.

Nach Ablauf dieser Frist wird gegen die Säumigen das Beitreibungsverfahren eingeleitet werden.

Leipzig, den 12. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Heßler. Koch.

Königl. Baugewerkenschule zu Leipzig.

Der **Unterricht** im bevorstehenden Semester beginnt **Donnerstag, den 2. October, früh 8 Uhr.** Ueber die Aufnahmebedingungen ist das Nähere aus den Prospecten zu erfahren, welche vom Unterzeichneten oder im Schullocal gratis zu erhalten sind.

Die **regelmäßige Aufnahmeprüfung** findet **Montag, den 29. September 1890, früh 8 Uhr,** zu derselben Zeit die **Nachprüfungen und die Prüfungen solcher,** welche in **höhere Curse** eintreten wollen.

Die Prüfungen höher Vorgebildeter finden **Dienstag, den 30. September 1890, früh 8 Uhr, im Schullocal, Grassistr., gegenüber dem Conservatorium, statt.**

Anmeldungen, welche später als **Sonntag, den 28. September, Mittags 12 Uhr** in die Hände des Unterzeichneten gelangen, oder bei denen bis zu dieser Zeit noch nicht die vorgeschriebenen Zeugnisse beigebracht wurden, können nur dann noch berücksichtigt werden, wenn Platz zur Verfügung steht.

Leipzig, den 1. Juli 1890.

Die Direction.
Wilh. Rey, L. Baurath.

Bekanntmachung.

Der Zinsfuß für Spareinlagen wird mit **Genehmigung** der Königl. Aufsichtsbehörde vom 1. Januar 1891 ab von 3½% **auf 3% jährlich** herabgesetzt. Den Einlegern bleibt es frei, ihre Einlagen nach §. 21 der abgeänderten Sparcassenordnung zu kündigen.

Leipzig-Reudnitz, am 12. September 1890.

Sparcasse in der Parochie Schönefeld zu Reudnitz.
Robert Liebert, Director.

Erledigte Bürgermeisterstelle.

Die erledigte Stelle eines Bürgermeisters für hiesige Stadt soll möglichst sofort auf die Dauer von 6 Jahren mit einem Juristen, welcher die in §. 84 Abs. 2 der Revidirten Städteordnung zur Annahme eines selbständigen Richteramts bez. zur Ausübung der Advocatur vorgeschriebene Befähigung besitzen muß, neu besetzt werden.

Das Einkommen dieser Stelle beträgt einschließlich des Zirums für Verwaltung des Standesamtes, die Uebertragung der letzteren auf den zu Wählenden vorausgesetzt, jährlich **4000 ℳ**, wobei bemerkt wird, daß derselbe als Vorsitzender hiesiger Sparcasse eine Caution von 1000 ℳ zu hinterlegen hat.

Bewerber wollen ihre Gesuche nebst Zeugnissen und Lebenslauf, sowie mit der Angabe, zu welcher Zeit spätestens ihr Amtsantritt erfolgen kann, bis zum

20. September 1890

anher gelangen lassen.

Markranstädt, den 25. August 1890.

Der Stadtrath. J. V.: Rouniger.

Leipzig, 15. September.

* Gegenüber den Bemerkungen, welche von einigen Blättern an den Wechsel in der Person des kaiserlichen Commissars für Helgoland geknüpft worden sind, bemerkt der „Deutsche Reichsanzeiger", daß dieser Ersatz des bisherigen Commissars durch einen jüngeren Beamten der Reichsverwaltung von Anfang an für den Zeitpunct in Aussicht genommen war, mit welchem die wichtigeren, durch den Uebergang der Insel in deutschen Besitz bedingten Geschäfte abgewickelt sein würden. Dieser Zeitpunct ist gegenwärtig eingetreten, und die Ablösung des bisherigen Commissars erscheint demnach um so mehr angezeigt, als derselbe bei den Arbeiten für die Revision des Patent- und Musterschutzgesetzes thätig gewesen ist, welche nunmehr für die parlamentarische Berathung fertig gestellt werden müssen.

* Die Allerhöchste Cabinets-Ordre, welche der Oberpräsident von Steinmann den Bewohnern der Provinz Schleswig-Holstein zur Kenntniß gebracht hat, lautet:

Es sind Mir wie der Kaiserin und Königin, Meiner Gemahlin, während Unseres Aufenthaltes in der Ost- und besonders Meiner Gemahlin so eng verbundenen Provinz so vielfache Aufmerksamkeiten und mancherlei Kundgebungen treuer Ergebenheit zu Theil geworden, daß Ich gern Veranlassung nehme, Unserer lebhaften Befriedigung und Unserer warmen dankenden Anerkennung hierdurch Ausdruck zu geben. Indem ich Sie beauftrage, dies zur Kenntniß der Einwohner der Provinz Schleswig-Holstein zu bringen, füge Ich hinzu, wie Ich auch mit Genugthuung vernommen habe, daß den Truppen des IX. Armee-Corps in den einzelnen Kreisen und Ortschaften der Provinz ein freundliches Entgegenkommen zu Theil geworden ist.

Düppel-Mühle, den 10. September 1890.

Wilhelm, R.

* Wie die „Kölnische Zeitung" meldet, ist der Besuch des Königs von Belgien am Berliner Hofe, welcher Ende nächsten Monats stattfindet, ein reiner Höflichkeitsbesuch und eine Erwiderung des Besuchs, welchen Kaiser Wilhelm in Ostende gemacht hat.

* Eine Wiederbesetzung des erledigten Straßburger Bischofsstuhles dürfte noch einige Zeit auf sich warten lassen. Es bestätigt sich, daß die in Betracht kommenden Rechtsgrundsätze der Erledigung der Frage nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Materielle Verhandlungen über diese Angelegenheit haben zwischen der Regierung und dem Vatican noch nicht stattgefunden.

* * *

* Telegraphisch wird aus der Schweiz gemeldet:

* Bellinzona, 13. September. Der eidgenössische Commissar hat heute Vormittag eine Proclamation erlassen, ebenso fand Vormittags die Eidesleistung der vom Bundesrathe abgeordneten Interventions-Truppen statt. Die provisorische Regierung hat Vormittags 11 Uhr die Regierungsgeschäfte an den Commissar Künzli abgetreten.

* Bern, 13. September. Professor Schneider-Zürich ist vom Bundesgericht zum außerordentlichen Untersuchungsrichter in Tessin ernannt und als solcher vereidigt worden.

* Die Wahlen, bei denen zum ersten Male das allgemeine Stimmrecht die Probe bestehen soll, werfen in den spanischen Parteiverhältnissen ihre Schatten voraus. Dem Ministerpräsidenten Canovas ist mit dem Erbe Sagasta's auch das allgemeine Wahlrecht überkommen. Die jetzige conservative Regierung fußt auf den Reformen der Liberalen, und noch in seiner letzten Rede in Biteria hat Canovas unzweideutig betont, daß er fest entschlossen sei, das Vorgefundene zu achten und auszubauen. Von der wirthschaftlichen Bewegung abgesehen, die alle Parteien durchzieht, scheint als wichtiges Beispiel des eigentlichen Wahlkampfes eine Neugestaltung der Parteigruppirung bevorzustehen. Die Republikaner der alten Schule unter Castelar, Pi y Margall, Salmeron und Figueras bleiben dieselben, Sagasta wird Canovas und die Liberalen die Conservativen bekämpfen, wie das stets geschehen, aber zwei Politiker sind offenbar in einem Umbildungsprocesse begriffen und darum wird sich das Interesse zunächst drehen. Martos, der frühere Kammerpräsident, scheint mit dem Opfer, das Sagasta ihm in seinem Portefeuille gebracht, noch nicht zufrieden, er will dem alten Kampfgenossen auch bei den Wahlen entgegentreten und mit den Conservativen eine Art demokratisch-reactionären Cartels abschließen. Eine Unmöglichkeit wäre ein solch widersinniger Bund nicht, er hat seine Vorbilder in der spanischen Geschichte; neu aber wäre es, wenn auch, wie man munkelt, Zorrilla, der Blutrevolutionair, als Dritter dem Kleebatt sich zugesellte. Jedenfalls hat Zorrilla eine Schwenkung gemacht, denn auf eine Rede, die er jüngst auf einem Verbrüderungsessen der lateinischen Rassen in Paris gehalten, hat er — zum ersten Male seit 15 Jahren — die Nothwendigkeit einer friedlichen Propaganda und die Demokratie als den unvermeidlichen Durchgangszustand bei der Umformung der Monarchie zur Republik anerkannt. Für einen Mann wie Zorrilla bedeutet das geradezu die Verleugnung seiner Vergangenheit.

* Nach weiteren Berichten aus Dahomey über die bereits erwähnte blutige Schlacht zwischen den Dahomeyanern und dem Stamme Egbas haben Erstere als Sieger die unmenschlichste Grausamkeit gegen die Besiegten bewiesen. Kinder mußten über die Klinge springen oder wurden lebendig verbrannt und 1000 Frauen sollen hingerichtet worden sein.

* Einem vom 5. August datirten Privatbriefe aus Valparaiso ist die „Nationalztg." in der Lage, Folgendes über die Lage in Chile entnehmen zu dürfen:

„Hier in Chile sieht es gegenwärtig recht schlimm aus. Der Conflict zwischen dem Präsidenten und dem National-Congreß dauert noch immer fort, und wir haben bereits vor vierzehn Tagen, am 21. Juli, von den Excessen zu leiden gehabt, wie sie durch blinde Parteileidenschaft in Vandalöser Weise hervorgerufen worden sind. An jenem Tage durchzogen Pöbelbanden die Stadt, plündernd und zerstörend, ohne daß die Behörden ernstlich dagegen auftraten, da die Regierung seit einiger Zeit in den größeren Häfen und bedeutenderen Städten des Landes den Pöbel und die niederen Classen durch diese Art von Begünstigung auf ihre Seite zu bringen sucht, um sich gegen den Sturz zu wehren. In einigen Tagen, so fürchte ich, könnte noch Schlimmeres passiren. Der Präsident will sich offenbar zum Dictator machen, aber ich kann nie und nimmer daran glauben, daß die Chilenen sich seine Herrschaft aufzwingen lassen, es wird zu blutigen Scenen kommen, wie in den Nachbarländern. Wie es scheint, spukt der Revolutionsgeist einmal wieder in Amerika. Brasilien fing an, Bolivia, San Salvador, Argentinien sind ihm gefolgt, und jetzt fängt der Aufruhr auch in Chile an zu toben. Denn zu einer Aussöhnung wird es nicht kommen. Der Präsident ist ein wortbrüchiger, treuloser Mann, mit dem sich nicht verhandeln läßt, freiwillig abdanken will er nicht, nur durch Gewalt kann das Land sich seiner entledigen. Wer kann vorhersagen, was uns die nächsten Tage bringen werden."

* Die neuesten über New-York kommenden Nachrichten aus San Salvador besagen, daß General Ezeta mit allen gegen eine Stimme zum Präsidenten gewählt worden ist. General Ezeta war es, der Ende Juni d. J. nach dem plötzlichen Tode des Präsidenten Menendez sich der Regierung bemächtigte, die nun durch seine Wahl zum Präsidenten die gesetzliche Weihe erhalten hat, wenn man sich dieses Ausdrucks in einem Falle bedienen darf, wo der Congreß von San Salvador die Wahl ohne Zweifel unter eisernem Druck vollzogen hat. Die Wirren, welche nach dem Tode des Präsidenten Menendez in San Salvador entstanden waren, hatte der Präsident von Guatemala benutzen wollen, um die eigenen Machtgelüste zu befriedigen. Es kam zum Kriege, in welchem das Glück, wie man heute mit Sicherheit annehmen darf, auf Seiten San Salvadors stand. Endlich kam nach den in voriger Woche eingegangenen Meldungen der Friede zwischen San Salvador und Guatemala zu Stande, auf den man indeß nicht viel bauen darf und der jedenfalls noch nicht den Frieden auch für die übrigen Staaten Mittelamerikas bedeutet. In der That heißt es heute in einer Drahtmeldung aus New-York, man befürchte, daß es zwischen Nicaragua und Honduras zum Kriege kommen werde.

Zur Lage.

NLC. Berlin, 13. September. Der Aufenthalt der Herren von Wissmann und Dr. Peters in der Heimath, die zahlreichen Berührungen, die sie mit colonialfreundlichen Kreisen angeknüpft, haben sichtlich dazu beigetragen, das Interesse an der colonialen Sache in Deutschland neu zu beleben. Die rasche Sicherung der Mittel für einen Dampfer auf dem Victoria-See war nur ein einzelnes Anzeichen, daß die Theilnahme und Opferwilligkeit diesen Bestrebungen gegenüber keineswegs geschwunden ist. Von dem üblen Eindruck, den das ungünstige Abkommen mit England in den weitesten Kreisen hervorgerufen hatte, mochte man dies eine Zeit lang befürchten. Die beiden genannten berufensten Autoritäten in diesen Fragen haben sich über die durch jenes Abkommen geschaffene Situation nur sehr zurückhaltend ausgesprochen, was ja bei der amtlichen Stellung, die der eine bereits inne hat, der andere voraussichtlich demnächst einnehmen wird, sehr begreiflich ist. Man wird wohl nicht irre gehen, wenn man annimmt, daß es ihnen in dieser Beziehung geht, wie anderen Colonialfreunden auch: Sie werden die Bedenken gegen dieses Abkommen, die zur Geltung gebracht worden sind, theilen, wie sie es andeutungsweise auch geäußert haben, aber sie werden der Meinung sein, man dürfe, nachdem die Sache einmal geschehen, nicht Muthlosigkeit und Verzagtheit einreißen lassen und damit unsere ganze nationale Thätigkeit auf diesem Gebiet lähmen. Daß auch so noch ein weites Feld für ersprießliche Wirksamkeit gegeben, ist ja von keiner Seite geleugnet worden, und es wäre allerdings im höchsten Grade zu bedauern, wenn man sich wegen eines einzelnen Mißerfolges verzweifelter Stimmung hingeben und das Interesse an der weiteren Entwickelung unserer noch immer zukunftsreichen und erfolgversprechenden Unternehmungen verlieren wollte. Daß dies glücklicher Weise nicht der Fall ist, haben uns zahlreiche Kundgebungen aus jüngster Zeit bewiesen. Für die wiederbeginnende Reichstagssession wird uns ein umfassendes colonialpolitisches Programm der Regierung in Aussicht gestellt. Es ist dies in der That nothwendig. Denn seit dem Personenwechsel in den obersten Regierungsstellen und den jüngsten Wendungen auf colonialpolitischem Gebiet ist eine neue und feste Stellungnahme der leitenden Stellen unentbehrlich. Wir hoffen, daß dieses Programm auch seinerseits dazu beitragen wird, das eine Zeit lang etwas erschütterte Vertrauen in eine zielbewußte thatkräftige Leitung unserer colonialen Unternehmungen aufs Neue zu beleben.

Bei den jüngsten Streitigkeiten unter den Socialdemokraten wurde mit besonderer Lebhaftigkeit die Frage erörtert, in wieweit die Betheiligung am parlamentarischen Leben im Parteiinteresse liege. Die radicalere Richtung denkt sehr geringschätzig von dem Parlamentarismus und die Herrschaft der „Fraction" ist ihr verhaßt. Sie verspricht sich von der Betheiligung an den parlamentarischen Arbeiten keinen praktischen Nutzen, befürchtet aber davon eine Verstärkung der gemäßigteren, opportunistischen Richtung. Die parlamentarische Arbeit ist nach dieser Auffassung nutzlos; von Werth ist nur das Wühlen selbst, da es eines der wirksamsten Mittel zur agitatorischen Bearbeitung der Massen ist. Sind sie erst gewählt, so hat es für die socialdemokratischen Abgeordneten kaum mehr einen Zweck, sich an den Aufgaben der Volksvertretung zu betheiligen, höchstens soll die Parlamentstribüne mit ihren Freiheiten gelegentlich benutzt werden, um aufreizende Reden „zum Fenster hinaus" zu halten. In früheren Jahren pflegten die socialdemokratischen Abgeordneten auch nach diesem Recept zu verfahren; bei den gewöhnlichen Verhandlungen ließen sie sich kaum sehen. In dem gegenwärtigen Reichstag mit seiner außerordentlich starken socialdemokratischen Vertretung ist insofern eine Aenderung eingetreten, als die Mitglieder dieser Partei sich in weit lebhafterer Weise an den Verhandlungen betheiligten, namentlich auch bei dem Arbeiterschutzgesetz, und in der That dabei auch manches nützliche leisteten. Das eben trägt ihnen jetzt den Vorwurf allzugroßen Entgegenkommens von ihren radicaleren Genossen ein. In der socialdemokratischen Masse darf eben die Ansicht nicht Eingang finden, daß in der gegenwärtigen Staatsordnung und mit einer von der „Bourgeoisie" beherrschten Gesetzgebung irgend etwas heilsames für die Arbeiter geschaffen werden könne.

Colonialpolitisches.

* Herr Wolf, der frühere kaufmännische Beirath des Reichscommissars von Wissmann, schreibt der „Kölnischen Zeitung": „Dampfer oder Segler auf dem Victoria-See? betitelt sich ein sehr interessanter Artikel des Herrn Karl von der Heydt in Elberfeld. (Wir haben denselben gleichfalls zum Abdruck gebracht.) Erlauben Sie mir, zu bemerken, daß Herr v. d. Heydt den Hauptzweck des bezw. der Dampfer, die für den Victoria-Nyanza und andere Seen wünschenswerth sind, nicht berührt hat: das Aufsuchen und Verfolgen der Sclaven-Dhaus — diese Dhaus können nicht mit Segelschiffen verfolgt werden — dazu in erster Linie gehören Dampfer. Und wenn Major von Wissmann Dampfer haben will, so geschieht es wohl in erster Linie zu obigem Zweck, ferner zur Ausführung des wichtigen Nachrichtendienstes an unserer äußersten Westgrenze, der eine schnelle Beförderung verlangt. Der Frachtenverkehr hat ja Zeit, derselbe kann auf Dhaus geschehen, die sich ja auch stets auf dem See befunden haben und dort gebaut wurden. Aber nicht einen, mehrere Dampfer sollte v. Wissmann, meiner Ansicht nach, als Bollwerk gegen die Sclaverei zur Verfügung haben. Die Transport-Schwierigkeiten kommen heute gar nicht mehr in Betracht, das beweisen die Dampfer, die nach dem oberen Congo, auf den Seen im Innern, wenn auch ab und zu reparaturbedürftig, herumfahren. Reservetheile der empfindlichen Bestandtheile des Dampfers gehen ja jetzt in großer Menge mit. Also je mehr Dampfer, desto besser. Das Geld dafür ist in Deutschland vorhanden; die nöthige Begeisterung ebenfalls. Mit den Segelschiffen allein ist eben so wenig gethan als mit Dampfern allein; beide sind nothwendig, erstere sind vorhanden, letztere muß v. Wissmann haben, soll sein Werk gelingen und Deutschlands Handel schnellen Nutzen aus den Seegebieten ziehen."

Socialpolitisches.

* Berlin, 14. September. In der diesjährigen Versammlung des Vereins für Socialpolitik wird die Reform der Landgemeindeordnung zur Verhandlung kommen. Der Verein hat zur Vorbereitung dieser sollen zwei Bände Gutachten erscheinen lassen; in einem Vorwort spricht Geh. Rath Dr. Thiel aus dem preußischen Landwirthschafts-Ministerium sich über die Aufgabe wie folgt aus:

Es liegt auf der Hand, daß sich ein wirkliches Gemeindeleben mit solch' politisch-erzieherischen und den Stolz der Gemeindegenossen auf ihre Gemeinde- und Staatsangehörigkeit hervorrufenden Wirkungen nur in einer wirklich leistungsfähigen Gemeinde und nicht in irgendwelchen zersplitterten und verkümmerten Organisationen entwickeln kann. Einzelverbände zu bestimmten Zwecken mögen noch so nützlich sein zur Erfüllung eben dieser Zwecke, ein Ersatz für eine Gemeindeorganisation werden sie nach dieser Seite hin nie sein können. Ja, indem sie der Gemeinde ihren eigentlichen Inhalt und ihre wichtigsten Aufgaben wegnehmen, zerstören sie geradezu die Entwickelung eines localen Gemeindepatriotismus und damit eine der sichersten Grundlagen vaterländischer Gesinnung. Für eine Gemeinde, die weiter nichts zu thun hat, als einen Nachtwächter und Flurhüter anzustellen, vielleicht noch eine Feuerspritze anzuschaffen, und was solcher Kleinigkeiten mehr sind, kann sich Niemand begeistern, in ihr wird sich der einzelne immer als einzelner fühlen, für sie wird er keine Opfer bringen und kein ehrgeiziges Streben nach aus eigener Kraft oder unter eigener Mitwirkung geschaffenen, die Nachbargemeinden überflügelnden öffentlichen Einrichtungen sich entwickeln. Was am Bereitwilligkeit zu öffentlichem Dienst im gemeinnützigen Interesse vorhanden, wird in den sich zufällig und persönlich nicht deckenden Schul-, Wege-, Armen- und sonstigen Verbänden zersplittert, während eine Gemeinde, die alle diese Aufgaben erfaßt, mit viel größerm Erfolge wahren Gemeinsinn hegen und durch gegenseitigen Wetteifer zu immer höherer Blüthe fördern kann. Ehe man daher zu dem Ausweg solcher Zweckverbände greift, müßte man zu dem Resultat gekommen sein, daß nach dem Gang der historischen Entwickelung dieser Verhältnisse und wegen der dünneren Bevölkerung sowie der Abgeschlossenheit der Bewohner und ihrer Interessen die Schaffung eines den städtischen Gemeinden ähnlichen Gemeindelebens für Landgemeinden eine Unmöglichkeit sei. Nun ist zuzugeben, daß man eine langjährige historische Entwickelung, wie sie vor Allem in der Trennung der Gemeinden und Gutsbezirke culminirt, nicht ohne Weiteres ungeschehen machen kann, man kann eben im Staatsleben nie ohne Schaden einfach tabula rasa machen und dann abstract construiren, sondern man muß sich an das Gegebene anschließen; auch ist zuzugeben, daß in den städtischen Gemeinden die Aufgaben, an denen sich ein Gemeindeleben entwickeln kann, zahlreicher und mannigfaltiger sind, auch daß hier das enge Beieinanderwohnen und das gegenseitige Aufeinanderangewiesensein den Gemeinsinn kräftiger stählert als die selbst in Dörfern, geschweige denn in Einzelhöfen vorherrschende Selbständigkeit der ländlichen Wirthschaften; man kann selbst zugeben, daß andere gemeinnützige Bildungen, z. B. die verschiedenen Formen des Genossenschaftswesens, einen theilweisen Ersatz für die Verjüngung in der Gemeinde geben können und doch müßte jede Neuorganisation des ländlichen Gemeindewesens wenigstens Raum für spätere Entwickelungen im Sinne wirklichen Gemeindelebens lassen und dürfte der Zukunft nicht in städtischer Weise präjudiciren. Denn auf die Dauer kann sich, zumal seit Einführung des constitutionellen Systems, der Staat lebenskräftig aufbauen nur auf der Zusammenfassung seiner Angehörigen in Unterverbänden, deren letzte Glieder nicht nur regirt werden, sondern in denen jene Selbstverwaltung, wie der Staatszweck nur immer erlaubt, gestattet, ja gefordert wird. Solche Verbände müssen aber, um ein wirkliches corporatives Leben mit den angedeuteten erzieherischen und patriotischen Wirkungen enthalten zu können, nicht auf Einzelaufgaben beschränkt bleiben, sondern möglichst alle Zweige communaler Thätigkeit umfassen, sie dürfen ferner nicht so groß sein, daß die nahe persönliche Berührung ihrer Insassen verloren geht, und nicht so klein sein, daß sie die Schwankungen in dem Maß ihrer Aufgaben nicht überstehen können. Wenn man über dieses Ziel jeder Gemeinde-Organisation einverstanden ist, wird man sich über die Bestimmung solcher Verbände, mag man sie sich nun als Einzel- oder Sammtgemeinden denken, oder selbst auf größere Bildungen, Amtsbezirke oder kleine Kreise als Träger dieser Aufgaben der Selbstverwaltung zurückgreifen, sowie über die momentan zu ergreifenden Maßregeln leichter einigen können. Nur zu nahe liegt aber die Versuchung, um momentanen Schwierigkeiten der Organisation auszuweichen oder um leicht zu erreichende Vermittelungsresultate einzuheimsen, die größeren Ziele künftiger Entwickelung außer Augen zu lassen.

Arbeiter-Bewegung.

* Die Niederlage der Southamptoner Ausstandsbewegung bildet zugleich eine Niederlage des Trade-Unionismus socialrevolutionairer Observanz, auf dessen Antrieb allein der Streik in Scene gesetzt wurde. Man möchte meinen, das englische Volksgenossen sei erwacht und treibe die Heterodoxie zu Paaren, welche sich anmaßt, soliden, ehrlichen Arbeitern die Bedingungen vorzuschreiben, unter denen es ihnen erlaubt sein soll, zu existiren und zu verdienen. Bis die Massen zu dem Grade wirthschaftlicher Einsicht gelangen, daß sie erkennen, wie auch in diesem Puncte der Gang der Entwickelung sich nach gewissen, unumstößlichen Naturgesetzen regelt, die weder einseitig hinwegdecretirt, noch auf den Kopf gestellt werden können, wird noch geraume Zeit verfließen, wenn dies überhaupt so weit kommt. Darin scheint allerdings der englische Durchschnittsarbeiter seinem festländischen, insbesondere auch deutschen „Genossen" über zu sein, daß er sich nicht so leicht durch halb oder ganz unsinnige Redensarten übertölpeln und einfangen, sogar, wenn gefangen, dauernd festhalten läßt. Trotz aller Ermahnungen des socialrevolutionären Tribunen John Burns, den Streik fortzusetzen, sind die Southamptoner Dockarbeiter am Sonnabend zur Arbeit zurückgekehrt, nachdem sie mit dem nüchternen praktischen Sinn, den die Engländer in Geschäftssachen entwickeln, ausgerechnet hatten, daß sie bei fortgesetztem Kampfe gegen die Concurrenz der „blacklegs" unwiederbringlichen Schaden erleiden müßten.

Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß seitens der Trade-Unions auf Betrieb der Herren Burns & Comp. hinfort der offene und mehr noch der stille Kampf gegen die Nichtunionisten in verstärktem Maße und mit wachsender Erbitterung geführt werden wird. Weit weniger wahrscheinlich ist es, daß dieser Kampf den Erfolg haben wird, den sich die gewerbsmäßigen Aufwiegler davon versprechen. Denn es liegt auf der Hand, daß, um bei dem Beispiel des Southamptoner Streikes stehen zu bleiben, die Arbeitgeber ihren Sieg wesentlich dem Rückhalt mit verdanken, welchen sie den blacklegs gegen die rohen Vergewaltigungen seitens der Streikenden,